

# Weißenitz-Zeitung

## Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Heftliche Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Biwelsährlich 2 Mk. ohne Zuzug.  
— Einzelne Nummern  
20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.  
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postcheck-  
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts  
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die lehrgesetzliche Belehrung  
50 Pf., außerhalb der Haupt-  
hauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (außer  
von Behörden) die Zeile 200 Pf.— Eingangs- und  
Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 96

Dienstag den 26 April 1921

87. Jahrgang

### Vertliches und Sachsisches.

Dippoldiswalde. Bezirks-Lehrerverein. Bei der Einladung zu einer Versammlung am Sonnabend im Steinbruch hatte der Vorsteher, Herr Lehrer Goss, wohl mit dem Vollmonde, aber nicht mit dem Umfang des Welfers gerechnet, sonst wären sicher noch mehr Besucher gekommen. Auf Einladung hin hatten sich auch mehrere Mitglieder des Gewerbevereins eingefunden, galt es doch, den Vortrag des Herrn Gewerbeobstudiendiensts, Müllerchöldirektor Meller über „Einstins neues Weltbild“ anzuhören. Seit Einstein besteht der 1905 zuerst aufgestellte Lehrsat: „Die Welt ist unendlich und doch begrenzt.“ Einstein begründet diesen Lehrsat durch seine Relativitätstheorie — Beziehung der Dinge zum Beobachter —, die er in eine spezielle und eine allgemeine gliedert. Nach ihm ist alles in Bewegung, absolute Ruhe gibt es nicht. Auch Raum, Maß und Zeit sind nur relative Begriffe, z. B. ein Metermaß verkürzt sich in der Entfernung, eine Sekunde einer bewegten Uhr ist nicht eine Sekunde. Nur das Weltgeschehen ist absolut. Durch mathematische Gleichungen begründet Redner Einsteins spezielle Relativitätstheorie. An Stelle des Begriffes Schwerkraft setzte Einstein den relativen Begriff des Schwerfeldes, das jedem Himmelskörper je nach seiner Größe eigen ist. Eine zum Monde gefendete Kugel würde an der Grenze des Schwerfeldes der Erde und des Mondes zunächst still stehen. So hat auch der Mond Einfluss auf die Erde. Das Gewicht eines Körpers ist abhängig von der Größe und Macht des Schwerfeldes. Das Schwerfeld der Sonne beeinflusst auch die Bahn der Lichtstrahlen, die nicht gradlinig ist, sondern wie alle fallenden Körper eine Kurve bilden. Lichtstrahlen sind wie auch Radiumstrahlen ein feiner Stoff. Die Bahnen der Planeten drehen sich in Spalten, die mathematisch genau berechnet werden können. Jede Masse eines Körpers ist konzentrierte Energie. Es ist aber noch nicht gelungen, diese freizumachen. Was die Alchemisten (Goldmacher) vergeblich versucht haben, aus Mischungen ein gewünschtes Element herzustellen, das scheint nach Einsteins Theorie doch mit der Zeit möglich zu werden. So hat man gefunden, daß die bisher als unteilbar geltenden Atome aus einem Kern mit rings herumlaufenden Elektronen bestehen, und daß Stickstoff dieselben Kerne aufweist wie Wasserstoff. Redner schloß seinen hochinteressanten Vortrag mit dem Ausdruck der Freude, daß Einstein, der der Wissenschaft neue Wege zu Forschungen gewiesen hat, ein Deutscher ist, und mit Worten freudiger Hoffnung, daß es der deutschen Energie doch gelingen möge, sich und das Vaterland wieder freizumachen. Lauter Beifall dankte Herrn Direktor, Oberschiedenrat Meller für seine Ausführungen. — Darauf verhandelte der Bezirks-Lehrerverein noch interne Fragen, in deren Besprechung auch Herr Lehrer Schmidt-Dresden, Mitglied des Vorstandes des Sächsischen Lehrervereins, erläuternd eingriff.

Gewerbeverein. Von dem Besuch des Vortrags, der unter dem Thema „Im Kampfe um die Weltanschauung“, morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, in der Reichskrone stattfindet, lasse sich niemand durch den Gedanken abhalten, eine solche philosophische Erörterung liege ihm zu fern, und er verstehe davon zu wenig. Herr Professor Lommel stellt uns mit, daß der Vortrag allgemein und für jeden verständlich sei. Er zielt nicht ab auf eine Charakterisierung der verschiedenen Weltanschauungsgruppen, sondern hält Umschau in Wissenschaft, Natur- und Menschenleben in der Absicht, die gesicherten Ergebnisse darzulegen, die dazu dienen können, sich eine feste Weltanschauung zu bilden. Der Besuch des Vortrags ist auch Frauen, den Hüterinnen einer idealen Weltanschauung, wohl zu empfehlen.

Die Wahl des 2. Beamten der Allgemeinen Ortskrankenkasse konnte bisher nicht erfolgen, da kein gültiges Resultat zu stande kam. Sie ist nunmehr bis nach den innerhalb der nächsten Monate vorgeschriebenen Neuwahlen des Ausschusses und des Vorstandes hinausgeschoben worden.

Die für heute Montag anberaumte öffentliche Ratssitzung in Sachen des Gasbehälters findet trotz des Beschlusses der Stadtverordneten, die Einbeziehung des Bau Landes in das Fabrikviertel zu versagen, dennoch statt.

Herr Oberlehrer Otto Eidner kann morgen Dienstag sein 40jähriges Dienstjubiläum begehen.

Am Sonnabend nachmittag fand unter Zuziehung von Besitzern und Pächtern der in Frage kommenden Grundstücke seitens des Rates und Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums und des Vorstandes des Kriegeriedlungvereins eine Besichtigung für die geplante Kriegeriedlung an der

Wolframsdorfer Straße statt. Man konnte sich einzigen und auch bereits zwei Häuser anschauen. Sie werden an genannter Straße noch über den jetzigen Wohnhäusern zwischen der ersten und zweiten Scheune errichtet werden. Die ganze Anlegenheit liegt dem Rate in seiner heutigen Sitzung vor.

Am Sonnabend waren 4 Tiere ausgetrieben, die sämtlich zum Preise von 350.— M. das Stid verlaufen wurden. Da in einem Gehöft hiesiger Stadt neuerdings Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, ist die Annahme verbreitet, Ferkelmärkte fänden nicht mehr statt. Diese Annahme ist falsch. Es darf erwartet werden, daß in Zukunft der Markt wieder besser besucht wird.

Keine Verlängerung der Polizeistunde. Durch die Presse ging dieser Tage eine Meldung, nach der Preußen beabsichtigt, die Polizeistunde von 11 Uhr auf 1 Uhr heranzusezen. Da durch eine Verfügung des Reichsministers des Innern die Polizeistunde allgemein auf halb 12 Uhr festgesetzt worden ist und den einzelnen Ländern dabei überlassen wurde, ob sie die Polizeistunde noch früher festsetzen wollen, kommt eine Heraussetzung über halb 12 Uhr hinaus auch für Preußen nicht in Frage. In Sachsen ist bekanntlich die Polizeistunde seit längerer Zeit auf halb 12 Uhr festgesetzt. Abgesehen davon, daß nach den Reichsbestimmungen auch hier keine Herabsetzung möglich ist, denkt man in der sächsischen Regierung nicht daran, eine solche unten den augenblicklichen Verhältnissen bei dem Reiche zu beantragen.

In den gegenwärtigen Kämpfen um die christliche und weltliche Schule darf der Vortrag des Herrn Prof. Winter aus Dresden über „Christliche Elternpflichten“ beim kirchlichen Familienabend heute Montag, mit dem auch die Christliche Vereinigung ihren Vortragsabend verbündet, von allgemeinem Interesse sein.

Postwertzeichen. Infolge der am 1. April in Kraft getretenen neuen Postgebührensätze ergeben sich auf dem Gebiete der Postwertzeichen verschiedene Änderungen. Es müssen einige neue Markenwerte, und zwar solche zu 15, 25 Pf., 1 Mk. 20 Pf., 1 Mk. 60 Pf., 3, 10 und 20 Mk. eingeführt werden. Bei den vorhandenen Markenarten sind fast durchweg Verschiebungen in dem Bedarf eingetreten. Die Postverwaltung hat wegen ausgleicher Herstellung der Markenwerte, die nach den jetzigen Gebührensätze hauptsächlich benötigt werden, so frühzeitig, als die Verabschiedung der Gebührenvorlagen im Reichstag es zuließ, Sorge getragen; sie wird auch die Herausgabe der erforderlichen neuen Marken zunächst beschleunigen. Es müssen aber die vorhandenen Vorräte an Postwertzeichen der anderen Werte, schon aus wirtschaftlichen Gründen, aufgebraucht werden, bis die neuen Marken nach den Mustern des Freimarkenwettbewerbs erscheinen sind. Die Postanstalten sind daher angewiesen worden, beim Verkauf der Postwertzeichen, namentlich wenn es sich um kleinere Mengen handelt, auch solche der jetzt weniger gangbaren Werte mit abzugeben.

Schellerhau. Der Landwirtschaftliche Verein Schellerhau, Bärenfels und Umgegend beginnt am 15. d. M. im hiesigen Gasthof sein 39-jähriges Stiftungsfest in Form eines Theaterabends mit anschließendem Ball. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Fleischig, begrüßte durch eine Ansprache die Teilnehmer und gab einen Rückblick über die Tätigkeit des Vereins, gedachte der Gründer, den erst kürzlich verstorbene Geheimrat Kleck und den früher im Schellerhau amtierenden Lehrer, Kantor Schmidt. Der Verein zählt zurzeit 73 Mitglieder und entwickelt seit jeher eine rege Tätigkeit im Interesse der Landwirtschaft, indem er Vorträge seitens here vorragender Fachleute seinen Mitgliedern bietet, landwirtschaftliche Bedarfsartikel für die Mitglieder vorliebst einkauft etc. Das Fest verlief in harmonischer Weise und sprachen die von den Mitgliedern, deren Frauen und Töchtern und Töchtern aufgeföhrten Darbietungen sehr an.

Altenberg. Heute vor 50 Jahren wurde hier Bürgermeister a. D. Voigt beerdig. Er stand im 84. Lebensjahr. Voigt war 1811 als Müllerbursche nach Altenberg gekommen. Kreischa. Einstimmig hält der Gemeinderat seinen Antrag auf Umbezirkung nach Dresden-A. aufrecht.

Pössendorf. Vor einem in scharfem Tempo auf schmalen Wege entgegenkommenden Auto schleuderte in der Nähe unseres Ortes die Pferde eines Wagens und sprangen zur Seite. Der Wagen stürzte dabei um und begrub die Insassen unter sich, die wohl mehr oder weniger Hautverletzungen davontrugen, aber sonst ohne ernstlichen Schaden weglamen. Auch die durchgehenden Pferde konnten bald aufgehalten werden.

Eichmannsdorf. Der von der Schule geplante Abendkurs für Hausschneiderei, zu dem 40–50 Frauen und Mädchen sich meldeten, scheiterte in letzter Minute an Forderungen der Lehrerinnen, die man nicht erfüllen zu können glaubt. Es wird versucht, andere Lehrkräfte zu gewinnen.

Mohorn. Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde am Freitag abend in der 7. Stunde eine Frau Grellmann aus Hohendorf bei Freiberg auf der Straße bei Niederschöna. Man brachte die ältere Frau zu einem Arzt in Mohorn. Als ein Unfallkraftwagen aus Dresden dort anlangte, um sie nach einem Dresdner Krankenhaus abzuholen, war sie bereits ihren Verleihungen erlegen.

Kaish bei Dresden. In einer hiesigen Familie heirateten in den letzten Wochen Vater und Sohn, zwei Schwestern. Ersterer ehelichte vor 14 Tagen die ältere, letzterer am Sonntag die jüngere Schwester. Die ältere Schwester ist demnach die Stiefmutter der jüngeren. Auch sind die Schwägerinnen und Vater und Sohn Schwager geworden. — Dresden. Bei Kapitel 102 des Nachfragekatalogs für Sachsen sprach man sich im Landtagssaal für die Beibehaltung des gegenwärtigen Standes der auswärtigen Vertretungen Sachsen's, insbesondere für den Weiterbestand der sächsischen Vertretung in München, aus. Das Kapitel wird dem Landtag nach der Vorlage zur Annahme empfohlen.

In der Sitzung des Kreisausschusses der Kreishauptmannschaft Dresden am vergangenen Freitag wurde der 3. Nachtrag zur Eintrittskartensteueroordnung für den Bezirkssverband der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, genehmigt.

Der sächsische Landeskulturrat gegen die Steuer auf Zugtiere. Der ständige Ausschuß des Landeskulturrats beschäftigte sich in der Sitzung vom 19. April u. a. mit folgenden Gegenständen: Zur Bekämpfung der zurzeit sehr stark auftretenden Beschäfte der Pferde, die eine erhebliche Gefährdung der Pferdestände darstellen, wird der Landeskulturrat bei dem Wirtschaftsministerium und dem Deutschen Landwirtschaftsrat den Antrag stellen, daß von reichsweit diesbezügliche gesetzliche Bestimmungen erlassen werden. — Gegen die erneut von einzelnen Amtshauptmannschaften eingeführte Besteuerung von Zugtieren wird auch der sächsische Landeskulturrat bei der sächsischen Regierung Einspruch erheben, da das Vorgehen der unteren Verwaltungsbehörden und Gemeinden im Widerspruch steht zu der vorläufigen Stellungnahme der zuständigen Reichs- und Landeszentralbehörde zu der Einführung einer Landesviehsteuer überhaupt. Zahlreiche Anfragen von Viehbesitzern veranlassen den Landeskulturrat zu der Mitteilung, daß die Erhebung der Viehsteuer bis jetzt weder den Amtshauptmannschaften, noch den Gemeindebehörden von den in Frage kommenden Landes- bzw. Reichszentralbehörden genehmigt worden ist. Aufrüttungen zur Zahlung der Viehsteuer in irgend welcher Form können deshalb unter Hinweis auf diese Mitteilung vorläufig abgelehnt werden.

Die deutsch-nationale Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, im Interesse der Allgemeinheit den Flurschutz für die nächste Getreide- und Kartoffelernte in ausreichendem Maße zu stellen, und die Kosten für diesen Schutz aus Staatsmitteln zu bestreiten.

Ostritz. Auf Grund einer Denunziation erschien in Ostritz eine aus zwei französischen Hauptleuten bestehende Kommission, in deren Begleitung sich ein deutscher Kriminal-Oberinspektor befand. Die Herren waren gekommen, um hier — ein Waffenlager aufzuhüben, das sich angeblich in unserer Stadtapotheke befinden sollte. Nach einer dreistündigen genauen Durchsuchung des ganzen Anwesens konnte sich die Kommission mit der Überzeugung entfernen, daß von der Ostritzer Apotheke keine Gefahr drohte, da absolut nichts gefunden wurde.

Radebeul. Der Staatsaufschuß für das Realgymnasium wurde von 18 000 auf 125 000 M. erhöht.

Freiberg. Einen Marktstein in der Geschichte des Freiberger Bergbaus bedeutet der letzte Freitag. Die letzte Bergbau treibende Gewerkschaft der Bergreviere Freiberg ließ am 22. d. M., wie der „Freiberger Anz.“ meldet, ihr Bergbaurecht und ihre Grundstücke an die offene Handelsgeellschaft Ingenieurbüro „Erz“, Singewald & Behn in Dresden, ab. Im Jahre 1741 gegründet, hat die Gewerkschaft „Alle Hoffnung Gottes“ zu Kleinwoigtsberg den Wedselfällen der Zeit getrotzt. Mit allem, was nötigt, ausgestattet, haben die Räuber das Wagnis unternommen, den alten Freiberger Bergbau mit neuem Leben zu erfüllen.

Leipzig. In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten beschäftigte man sich wieder ein-

mal mit der albekannten Angelegenheit Geyer. Bekanntlich war der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig während des Generalstreiks im März 1919 gezwungen worden, an den Arbeiter- und Soldatenrat die Summe von 40 000 M. zu zahlen, wovon 23 500 M. bisher noch nicht zurückgezahlt seien. Ein Antrag des Rates, den Vorsitzenden des Arbeiterrates, Geyer sen., auf dem Klagegege zur Zahlung dieser Summe zu zwingen, ist bereits wiederholt von den Stadtverordneten abgelehnt worden. — In den letzten Tagen war nun eine neue Wendung in dieser Angelegenheit eingetreten dadurch, dass ein Rechtsbureau sich bereit erklärt hatte, gegen Abtretung der städtischen Ansprüche den genannten Betrag an die Stadtkasse zu zahlen, um dann selbständig gegen Geyer sen. vorgehen zu können. Der Rat der Stadt Leipzig glaubte, die Gelegenheit zur Erlangung der 23 700 M. nicht vorübergehen lassen zu sollen, weshalb eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden städtischen Kollegen abgehalten wurde, um eine Klärung der Angelegenheit herbeizuführen. — Nach ausführlicher Aussprache wurde der Antrag des Rates mit den Stimmen der gesamten Linken gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Leipzig. Am Mittwoch trafen hier in acht Eisenbahnwagen 80 Milchkühe und ein Bulle, gestiftet von Farmbesitzern im Westen und Südwesten der Union, ein und wurden in der Artilleriekoferne untergebracht. Die Milch der Tiere ist nur für Wohlfahrtsanstalten, in erster Linie für die Lungensüffigkeiten, die städtischen Krankenhäuser und das Heim für gebrechliche Kinder bestimmt. Die Tiere haben die lange Reise gut überstanden. In Bremen waren sie wegen der Seuchengefahr (Tetrasiebe) einer Beobachtung unterworfen worden.

Das Volkshaus. Das während der vorjährigen Märzunruhen durch Brand zerstört wurde, ist in prächtiger Ausmachung neu erstanden und soll nun durch einen Anbau noch vergrößert werden. Das völlig zerstörte Mittelstück, ist durch einen mächtigen Säulenbau erhebt worden, auf dem sich breiter und höher als zuvor der Turm erhebt. Das neuverglaste Gebäude gehört in seiner jetzigen Gestalt unzweifelhaft zu den architektonisch schönsten Bauwerken der Stadt. Der Spruch des neuen Hauses, der in großen Sandsteinlettern unter dem Kuppelsaal zu lesen ist, lautet: Trost alleadem.

Lichtenstein-Collenberg. Die Stadtverordneten haben beschlossen, Schritte einzuleiten, die eine Übernahme der Friedhöfe beider Kirchengemeinden in städtische Verwaltung beweisen.

Werdau. In Werdau und Steinpleis wurden vier Kommunisten auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Plauen verhaftet. Sie sollen der Teilnahme an den Sprengattentaten im Vogtlande verdächtig sein.

Elsterberg. Der hiesige Gesangverein „Liederkrantz“ geht am 4. Mai sein 50. Stiftungsfest durch Aufführung von Schumanns „Paradies und Peri“.

Ehndorf. Einen bemerkenswerten Ausgang nahm die Vergabung der Gemeindejagd. Die beiden Höchstgebote von 15 500 und 16 000 M. wurden von der Jagdgenossenschaft abgelehnt und die Jagd für 3000 M. unter der Bedingung, dass Wild für einen billigen Preis an die Gemeinde abzugeben, etlichen Gemeindeältern zugesprochen.

Falkenstein. Zum Baue der Talsperre bei Falkenstein war in einer Versammlung der Arbeitslosen in Auerbach vom Arbeitslosenrats-Vorsitzenden mitgeteilt worden, dass der Bau der Talsperre wahrscheinlich überhaupt eingestellt werden würde. Wie der Telunion-Sachsendienst erfährt, kann davon nicht die Rede sein. Allerdings kann der Bau noch nicht in vollem Umfang aufgenommen werden, und zwar weil sich bei den bisherigen Arbeiten herausgestellt hat, dass ungünstige Untergrundverhältnisse wahrscheinlich eine Umgestaltung der Planung zur Folge haben dürften.

Mugischen. Beim Zusammenrechen von Waldstreu im Wermendorfer Forstrevier wurde ein Meteorstein gefunden, von dem mehrere Teile abgesplittet waren. Das daneben befindliche Waldgras war vollständig versengt und auch die Beschaffenheit der Steine, die anscheinend erzähnig und von dunkler Farbe sind und zusammen etwa sieben Pfund wiegen, lassen mit ziemlicher Sicherheit vermuten, dass es sich um einen Meteorstein handelt, der bei einem Sternschnuppenfall hier gelandet ist.

Zwickau. Der frühere Gutsbesitzer, jetzige Rentner Albin Schmiede im Stadtteil Mariental hatte über 800 Mark Erwerbslosenunterstützung bezogen, obwohl er noch ein Vermögen von 70 000 Mark hatte. Das Schöffengericht hatte ihn deshalb wegen Betrugs zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das nahm sich der Mann so zu Herzen, dass er sich tags darauf in einem Teiche an der Steinpleiser Flurgrenze erschoss. Man sandt seine Leiche im Wasser.

Dörsnitz i. B. Mittels eines Scheids, auf dem die Unterschrift des Inhabers einer hiesigen mechanischen Weberei ziemlich täuschend nachgeahmt war, versuchte der 18-jährige Kaufmannslehrling Mochalek, bei einer hiesigen Bank 9000 M. zu erlangen. Der Bankklassierer erkannte jedoch die Unechtheit des Scheids, hielt den auf seine Beute wartenden unauffällig zurück und benachrichtigte dessen Lehrherren von dem Vorfall. Dieser eilte zur Bank, bestätigte die Fälschung und veranlasste die Festnahme des esdilehnsinnigen Burschen.

## Letzte Nachrichten.

### Gegen die deutsche Industrie.

Düsseldorf, 23. April. Die Entente-Kommission stellte bei einer Besichtigung des Eisen- und Stahlwerkes Jaeger fest, dass das Werk Rohmaterial für holländische U-Boote in Arbeit hatte, und verlangte sofortige Einstellung der Arbeit und die Zerstörung des gesamten Materials. Die Firma berief sich daran, dass bei diesem holländischen Auftrag kein Verstoß gegen den Friedensvertrag vorliege. Die angerührte deutsche Regierung musste sich jedoch dem Druck der Alliierten fügen, und auch der holländischen Regierung gelang es nicht, die Zerstörung zu verhindern, so dass das Material sowie Zeichnungen vorgestern auf Anordnung der Entente-Kommission zerstört wurde.

## Ein Konflikt zwischen Reichsregierung und Parteiführern.

Berlin, 23. April. Gestern abend waren die Führer sämtlicher Parteien des Reichstags in die Reichskanzlei gebeten worden, um Mitteilungen der Regierung über ihre Absichten entgegen zu nehmen und gemeinsam mit dem Kabinett zu beraten. Die Regierung fasste jedoch daran die Bedingung, dass die Beratungen und Informationen streng vertraulich behandelt werden müssten, auch gegenüber den Fraktionen. Gegen diese Vertraulichkeit der Verhandlungen sprachen sich sowohl die Unabhängigen als auch die Deutschnationalen aus. Sie könnten es vor ihren Fraktionen nicht verantworten, wenn solche Lebensfragen des deutschen Volkes geheim verhandelt werden sollten. Uebrigens lehnte der Vertreter der Unabhängigen eine gemeinsame Beratung der Parteiführer mit dem Kabinett ab. Die Parteiführer seien lediglich hergekommen, um informiert zu werden über die Beschlüsse des Kabinetts. Man habe sie ja auch vor der Absendung der Note an Harding nicht um ihren Rat gefragt. Auch die Sozialdemokraten sprachen sich gegen Vertraulichkeit der Verhandlungen aus. Um 11 Uhr nachts zog sich das Kabinett zu einer Beratung darüber zurück ob es an der Bedingung der Vertraulichkeit festhalten sollte oder nicht, und entschloß sich für das erste. Da Deutschnationale, Sozialdemokraten und Unabhängige auf ihrem Standpunkt verharrten und, wie die „Voss. Zeit.“ erfährt, das Zimmer zu verlassen drohten, verzichtete das Kabinett auf jede Mitteilung an die Parteiführer. Es begründete dies damit, dass der Inhalt der deutschen Note an die amerikanische Regierung den Parteien nicht bekannt gegeben und der Offenheit nicht zugänglich gemacht werden könnte, bevor sie in den Händen des Staatsdepartements in Washington sei. Man ging dann schließlich auseinander.

### Irish-russischer Geheimbund?

London, 22. April. In Erwidung auf eine Frage sorgte der Generalstaatsanwalt für Irland im Unterhaus, es lagen Beweise vor, dass zwischen der roten Sowjetregierung und den Sinnfeinern in Irland Beziehungen bestanden.

### Der 1. Mai in Berlin.

Wie jetzt steht, wird am 1. Mai das Fahrpersonal der Straßenbahnen, Hochbahn und der Berliner Omnibusgesellschaft die Arbeit ruhen lassen.

### Keine Teilnahme Italiens an einer militärischen Aktion gegen Deutschland.

Rom. Im Ministerrat erörterte Graf Cavour die außenpolitische Lage. Er betonte, dass Italien zur Ausführung des Versailler Vertrages sich mit den Verbündeten an den Sanktionen beteiligen werde, jedoch ohne Beteiligung an einer militärischen Aktion gegen Deutschland. Späterhin beschloss der Ministerrat die Rückgabe der protestantischen deutschen Kirchen.

### 4732 neue Finanzbeamte gefordert.

Der neue Haushalt zum Reichshaushalt für 1920 fordert 4732 neue Beamte für die Reichsfinanzverwaltung mit der Begründung, dass bei Auffüllung des Staats nicht übersehen werden konnte, welchen Umfang die Arbeiten bei der Reichsfinanzverwaltung annehmen würden.

### Amerika soll neue Gewaltakte verhindern.

Berlin, 23. April. Gleichzeitig mit der offiziellen Note der Reichsregierung an Harding ist ein weiteres Eruchen der Reichsregierung nach Washington abgegangen, bei den Alliierten auf Einstellung der zum 1. Mai angekündigten neuen Besetzungen deutscher Gebiete für den Fall hinzuwirken, dass Harding die angebotene Vermittlung annimmt.

## Um die Entscheidung.

### Die kommende Befreiung des Ruhrgebiets.

Die Reparation, die Festsetzung der Höhe und Zahlungsart der Entschädigung, zu der Deutschland sich durch Unterzeichnen des Versailler Vertrags, auch „Friedens“-Vertrag genannt, verpflichtet hat, ist jetzt das, um das sich nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa schlechtweg alles dreht. Die Nachrichten, die von jenseits des Rheins kommen, lassen uns keinen Zweifel mehr über das, was uns droht. Dass das Ruhrgebiet — entweder als „Sanktion“, d. h. als Zwangsmahnmahme, oder als „Garantie“ oder „Pfand“ — besetzt und ausgebeutet werden soll, das steht in Paris fest! Die Frage ist nur die, wie und wann? In Frankreich hat man dafür bereits bis ins Einzelne gehende Vorschläge ausgearbeitet, und auch England scheint seine bestimmten Absichten zu haben, weiß sie aber — wie immer meistlerisch — zu verschleieren. Nach Paris hin verfügt es immer wieder, dass es durchaus für Durchführung der „Sanktionen“ ist und diese unterstützen wird; nach Berlin hin deutet es dagegen immer von neuem an, dass es das Neuherrschaft gerne vermeiden möchte und lieber „annehbare“ deutsche Vorschläge sehen möchte, über die es gerne zu verhandeln bereit wäre.

### Die Note an Amerika.

Die deutsche Regierung strengt sich auf das Neuerste an, um, wenn irgend möglich, das Schlimmste zu vermeiden. Denn, das wollen wir uns nicht verbauen, die von Frankreich geplanten Maßnahmen im Ruhrgebiet bedeuten eine schwere Gefahr für Deutschlands Wirtschaftsleben. Die Note an Amerika bedeutet denn auch nichts anderes als einen verhexten Hilferuf. Ob sie richtig war, darüber sind die Ansichten sehr geteilt. Die ungleich geschickter Antwort Hardings hat manchen Fehler der deutschen Note wieder gut gemacht. Dr. Simons hat aus ihm erfahren — wie er Freitag in seiner mit eisigen Schweigen, ohne ein einziges Beifallsgeklatsche aufgenommenen Erklärung im Reichstag sagte —, dass Amerika zu einer Vermittlung bereit ist. Diese Vermittlung gedenkt er in Anspruch zu nehmen.

### Die Beratungen der Reichsregierung.

Freitag und Sonnabend fanden unangesehene Sitzungen und Beratungen des Reichskabinetts statt über die zunächst an Amerika weiter zu leitenden Vorschläge. Die Vorschläge zur Wiederaufbaufrage sind bereits direkt der Reparationskommission zugegangen, die über die finanzielle Reparation folgen

nach Washington gehen, dann in ihrem Mittelpunkt der Gedanke einer internationalen Anleihe, für die Amerika in erster Linie in Frage kommt. Die Note mit den Vorschlägen ist wahrscheinlich bereits Sonnabend nach Washington abgegangen. Washington wird sie, so viel kann bereits als sicher gelten, nur weitergeben, wenn es sie für annehmbar hält.

### Die Alliierten und die Vermittlung Amerikas.

In diesem Falle haben allerdings die Vorschläge eine bedeutend bessere Aussicht, diskutiert zu werden als wenn sie von Deutschland kämen. Denn in Frankreich zeigt man sich mit einem Male geneigt, eine amerikanische Vermittlung anzunehmen, weil man darin die Möglichkeit einer Garantie der deutschen Vorschläge durch Amerika erblickt. Ob aber Amerika eine solche Garantie übernehmen wird, das ist doch sehr zweifelhaft. Allzu große Hoffnungen darf man auf die amerikanische Vermittlung also nicht setzen. Die endgültige Entscheidung behalten ja doch die Alliierten. Andererseits kann man jetzt sehr sagen, dass die ganze Aktion als völlig gescheitert angesehen werden kann, wenn schon Amerika die deutschen Vorschläge nicht für geeignet hält, diese weiterzugeben.

Es bleibt für Deutschland jetzt nichts anderes übrig als abzuwarten, was einerseits die amerikanische Antwort auf die deutschen Vorschläge und andererseits die Versprechungen zwischen England und Lloyd George in Wythe bringen werden.

## Deutschlands Wiederaufbau-vorschläge.

### Die Note an den Wiederaufbauausschuss.

Am Donnerstag hat die Reichsregierung eine Note an den Wiederaufbauausschuss in Paris gesandt in der sie Vorschläge über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete macht. Diese Vorschläge stellen nun einen Teil der deutschen Wiederaufbauvorschläge dar. Die Vorschläge über die Lösung der finanziellen Probleme werden noch im Reichskabinett durchberaten. Nachdem die deutsche Note in Paris eingetroffen ist und bereits von der Pariser und Londoner Presse veröffentlicht worden ist, wird sie jetzt auch von der deutschen Regierung der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt. In dieser Note heißt es:

Deutschland ist durchdrungen von der Neuerzung, dass es für die Wiederaufstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschieht, besteht die Gefahr, dass die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte soweit irgend möglich zu berücksichtigen.

Die deutsche Regierung unterbreitet der Wiederaufbaukommission folgende 4 Vorschläge:

Der erste Vorschlag besagt: Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Flecken oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufgebietes unter Übernahme sämtlicher Kosten in eigene Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungunternehmens übernehmen.

Der zweite Vorschlag bringt die Vorschläge der deutschen Gewerkschaften, die sich zu einer ganzen Anzahl Wiederaufbaumahnahmen bereit erklärt haben. Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit den Gewerkschaften zur Durchführung dieser Maßnahmen bereit.

Da die Verständigung über diese Fragen und die Vorbereitungen zu ihrer Durchführung längere Zeit erfordert, erklärt sich die deutsche Regierung im drücktesten Vorschlag bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung, denjenigen Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen Anlagen wieder aufgebaut sehen wollen, leistungsfähige und vertrauenswürdige Unternehmer zu benennen. Die Geschädigten können natürlich auch ihrerseits deutsche Firmen bezeichnen, mit denen sie in Verbindung zu treten wünschen. Die deutsche Regierung ist bereit, die gesamten Kosten solcher Reparationsbauten, soweit sie in Papiermark gezahlt werden können, gegen Gutschrift auf Reparationskonten zu übernehmen, während sie die Zahlung der in ausländischer Währung entstehenden Kosten weiterer Regelung vorbehält.

Viertens erklärt sich die deutsche Regierung bereit, falls die Alliierten den Wiederaufbau in anderer Form wünschen, jede von alliierten Seiten gegebene Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehen und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern, um auch in jeder anderen den dortigen Willensentsprechenden Form am Wiederaufbau teilzunehmen.

## Politische Rundschau.

Der Reichstag nahm gegen die Stimmen Oldenburgs und Württembergs den Entwurf des Reichsministergesetzes an.

Der Leiter der thüringischen Staatspolizei, Major Müller-Brandenburg, ist nach einer Untersuchung durch eine Kommission vom Reichsministerium des Innern seines Amtes entlassen worden.

Die Reichsregierung hat als Mitglieder in die Kommission zur Vereinfachung und Vereinfachung der Reichsverwaltung den Staatssekretär Dr. Peters, Unterstaatssekretär a. D. Dr. Busch, Staatsminister a. D. Dr. Drews und Staatssekretär a. D. Nüldin berufen.

Die Abhängigkeit Oberschlesiens. Trotz ernster dringender Vorschaltung hat die Interalliierte Kommission die zehn Tage vor dem Abstimmungsstermin, also vor sechs Wochen, erlassene einschränkenden Bestimmungen für die Einfahrt nach Oberschlesien immer noch nicht aufgehoben. Die seinerzeit für die Einfahrt geltend gemachten Gründe liegen schon seit Wochen nicht mehr vor. Trotzdem wird die Abfahrt nach Oberschlesiens vom übrigen Deutschland, die lärmend auf Handel und Verkehr wirken muss, und da



